

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

184 (10.8.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 5.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.50 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruher Abzügen abgeholt 5 M monatlich. — Einzelheft 25 P. Ausgabe: Verlagsmittags, Geschäftsstelle 3.50 M; Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 431. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.20 M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Um das Schicksal Oberschlesiens und Deutschlands

Scharfe Debatten im Obersten Rate — Lloyd George will kein neues Elsaß-Lothringen — Das Industriegebiet gehört unteilbar zu Deutschland — Briand tritt für die polnischen Ansprüche und Annahmungen ein — Der englische und italienische Truppenbefehlshaber gegen die französischen Auffassungen — Die englische Presse gegen die französischen Absichten — Die Pariser Presse erklärt jetzt, es handle sich um eine politische Kraftprobe und um politische Absichten Frankreichs — Wird ein Kompromiß zwischen England und Frankreich zustande kommen?

Stetige Auseinandersetzungen im Obersten Rat

11. Paris, 9. August. Die erste Sitzung des Obersten Rates hat sofort die volle Schärfe der Meinungsverschiedenheiten mit London und Paris gezeigt. Western sind die Sachverständigen zu Wort gekommen und zwar als erster der englische. Dieser erklärte, daß das ober-schlesische Industriegebiet ein unteilbares Ganzes sei, mit Ausnahme von Blech und Rybnitz, welches er den Polen zuerkennen will; aber das Industriegebiet müsse, da nun einmal eine deutsche Mehrheit bestehe, deutsch bleiben. Die Franzosen haben ausgerechnet, daß die Engländer nur 12 Proz. Polen und 88 Proz. den Deutschen zuerkennen wollen. Die Franzosen sprachen sich dagegen für die Zuerkennung des Industriegebietes an Polen aus und sagen, wenn das Industriegebiet unteilbar sei, dann gehöre auch Blech und Rybnitz dazu, denn einschließlich dieser Bezirke bestände im Industriegebiet eine polnische Mehrheit. Die Italiener haben noch keinen Standpunkt eingenommen, sondern ihr Sprecher hat sich auf gewisse Bemerkungen beschränkt. Dies war, wie gefolgt wird, eine wohl-erwogene Absicht. Die Italiener haben die Grenze von Sorzga ausgegeben und den englischen Standpunkt unterstützt. Von französischer Seite wird behauptet, daß die Italiener bei den Engländern nach Konzessionen in Albanien streben. In französischen Kreisen war man sehr pessimistisch gestimmt, da die Meinungsverschiedenheiten so tief sind. Sollte sollen die drei Oberkommissare der alliierten Mächte in Oberschlesien das Wort ergreifen. Ueber die französischen Verhättnisse in Oberschlesien ist bisher nicht gesprochen worden.

Lloyd George legt den Standpunkt Englands dar

11. Paris, 9. Aug. In der heutigen Vormittags-Sitzung des Obersten Rates ist keine Entscheidung in der Frage der Entsendung von Truppenverstärkungen getroffen worden. Die Rede, die Lloyd George in der heutigen Vormittags-Sitzung gehalten hat, wird von „L'Echo“ in folgender Fassung verbreitet: Lloyd George sagte den Ernst des ober-schlesischen Problems, eines der schwersten, das je den Obersten Rat beschäftigt habe. Die Verantwortung der Alliierten sei ungeheuer, wenn nach der erfolgten Entscheidung ein Konflikt entstehen würde. Lloyd George bemerkte, daß die Regelung des ober-schlesischen Problems ganz besonders den drei Mächten zufalle, die die Aufgabe übernommen hätten, die Volksabstimmung in Gemäßheit des Friedensvertrages von Versailles durchzuführen zu lassen, also Frankreich, Italien und Großbritannien. Die beiden letzteren Mächte hätten in der Frage die gleichen Ansichten, aber französische Standpunkt sei verschieden. Man müsse versuchen, die in Frage kommende These auszugleichen, denn der Weltfrieden hänge von der Entscheidung, die getroffen werde, ab. Die Regelung der Frage könne nicht auf Kosten der Mehrheit des ober-schlesischen Volkes erfolgen. Zur näheren Kennzeichnung dieser Mehrheit entwickelte Lloyd George die Geschichte Oberschlesiens, das zum Teil deutsch, zum Teil österreichisch gewesen sei. Deshalb habe man im Verlauf der Friedenskonferenz nicht zugehört, daß seine Bevölkerung ein homogenes Ganzes darstelle. Diese Ansicht sei durch das Ergebnis der Volksabstimmung bestätigt worden. Man dürfe nicht aus Oberschlesien ein neues Elsaß-Lothringen machen. Die gesamte Bevölkerung von 5,2 Millionen enthalte nur 1,2 Millionen Polen. Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme. Lloyd George schlug alsdann vor, die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Prüfung wird auf folgenden Grundlinien erfolgen: 1. Alle Stimmen müßten für die Zuspicherung des Gebietes an die eine oder andere Macht gezählt werden. Die Zuspicherung könne nicht gemeldeweise erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe. 2. Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganzes betrachtet, das das Herz Oberschlesiens sei. Die Industriezone, die viel ausgedehnter sein sollte, als es der französische Vorschlag vorbringe, sei eine künstliche Schöpfung. Das Gebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe. 3. Die industriellen Gemeinden seien voneinander untrennbar, denn sie bildeten eine ebene wirtschaftliche Einheit. Lloyd George sagte zum Schluß, er verstehe vollkommen den Wunsch Frankreichs, Garantien für seine Sicherheit zu haben. Der Oberste Rat werde sich über diesen Wunsch äußern. Wenn Frankreich aufs Neue ungerichtet angegriffen werde, so werde das gesamte britische Reich wie in der Vergangenheit an seiner Seite stehen, aber Frankreich sei augenblicklich nicht in Gefahr. Es müsse nur von seinem Sieg mit Würdigung und Billigkeit Gebrauch machen. Heute nachmittags werden Briand

Briands Rede für die Polen und gegen Deutschland

Die Gefahr sei riesengroß, wenn eine Einigung nicht zustande kommt. 11. Paris, 9. Aug. Die Gavaud meldet, ergriff in der heutigen Nachmittags-Sitzung des Obersten Rates Ministerpräsident Briand das Wort, um den französischen Standpunkt darzulegen. Er sagte zunächst, die Politik Frankreichs bestehe nicht darin, einem auf dem Rande Verwundeten auf dem Rande das Leben zu nehmen, aber nach jedem Kriege gebe es Sieger und Besiegte. Der Friedensvertrag von Versailles spreche klar aus, daß die Besiegten auch noch die Verantwortung für den Krieg trügen. Frankreich wünsche ebenso wie seine Verbündeten, den Besiegten ein gerechtes Schicksal zu bereiten, aber nicht etwa ein privilegiertes Schicksal. Die Alliierten hätten beschließen, einem Volke zur Wiederherstellung zu verhelfen. Das sei das polnische Volk. Zudem sei diesen Entschlüssen Gehör hätten, hätten sie sich auch verpflichtet, ihnen das Leben möglichst sicher zu stellen. Die Grenzfrage sei den Mitgliedern der Friedenskonferenz sofort gestellt worden. Einstimmig hätten die Mitglieder der Friedenskonferenz Oberschlesien Polen in den Friedensbedingungen zugesprochen. Dadurch habe man Hoffnungen erweckt. Briand sagte, man könne Werke anführen, so Brodskans Konversationsbezirk, worin Oberschlesien niemals als vollkommene deutsch angefaßt worden sei. Der französische Ministerpräsident besprach sodann das Ergebnis der Volksabstimmung und sagte, daß die Stimme eines Arbeiters den gleichen Wert habe wie die Stimme eines Bauers, aber es gebe eine moralische Erwägung, die zweifellos für die Interpretation der Volksabstimmung herangezogen werden müsse. Man habe die Ausgewanderten abstimmen lassen. Ihre Stimmen könnten doch nicht den gleichen Wert haben, wie die Stimmen der Einwohner, die im Lande geblieben seien. Von den 200 000 Ausgewanderten, die an der Abstimmung teilgenommen hätten, hätten 180 000 für Deutschland gestimmt. Im ganzen genommen habe die Volksabstimmung bestimmt, daß der deutsche Bewohner im Westen, der polnische im Osten wohne. Die Lösung sei also gleich und wirtschaftliche Fragen kämen nur im polnischen Teil in Betracht. Es gebe bedeutende deutsche Industriezentren. Zudem man einige von diesen Industriezentren gruppiert habe, habe man das Industriegebiet erzielt, aber um zu beweisen, wie künstlich diese Schöpfung sei, genüge es, daran zu erinnern, daß es im Jahre 1870 in Ratowitz nur ein einziges deutsches Gasthaus gegeben habe. Im Industriegebiet hätten die Polen 30 000 Stimmen Mehrheit erzielt. Die ethnographischen Erwägungen müßten vorherrschen. Sie hätten die französische Regierung geleitet und in ihrem Entwurfe erhalte Deutschland die Mehrheit der Stimmen, die für Deutschland gestimmt hätten, aber auch Polen. Der englische Entwurf habe diesen Vorzug nicht, denn er wolle 70 Prozent der polnischen Stimmen an Deutschland und 30 Prozent an Polen. Lloyd George habe heute vormittags bemerkt, damit das Industriegebiet leben könne, müsse man die Industriezentren der ländlichen Bevölkerung angliedern. Wenn diese Arbeit gemacht wäre, bliebe das Dreieck trotzdem ein Enclave in der polnischen Masse. Um es dem deutschen Gebiet anzugliedern, stelle sich die Frage des Korridors. Briand schloß mit der Erklärung, wenn sich die Alliierten nicht einigen könnten, würden die Folgen unbeschreiblich sein. Die französische Regierung sei sich immer dieser Gefahr bewußt gewesen und habe die Frage geprüft, überzeugt davon, daß der einmütige gute Wille der Alliierten es gestatten werde, für das ober-schlesische Problem eine Lösung zu finden, entsprechend der Billigkeit, den Bestimmungen des Versailles-Friedensvertrages und dem Ergebnis der Volksabstimmung. Die französische Regierung werde alles in diesem Sinne tun, was von ihr abhängig. Ministerpräsident Bonomi appellierte alsdann im Namen Italiens an die Solidarität der Alliierten, um zu einer einstimmigen Entscheidung zu gelangen. Der Vertreter Japans, Baron Gowaishi, drückte den Wunsch aus, daß eine Einigung über die gemeinsamen Fragen gefunden werde. Die Sitzung des Obersten Rates war um 6.55 Uhr beendet.

Italien u. England über Oberschlesien

11. Mailand, 9. Aug. Dem „Corriere della Sera“ wird aus Rom berichtet: In der heutigen Sitzung des Obersten Rates wird in hiesigen diplomatischen Kreisen bemerkt, England und Italien seien einig. Beide Mächte schießen eine Teilung Oberschlesiens aus, wären aber auch nicht geneigt, einem Provisorium unter der Kontrolle einer Fachkommission auszukommen. In der Frage der Volksabstimmung Rhein sind beide Staaten der Ansicht, daß sie aufgehoben werden müssen. 11. Paris, 9. Aug. „L'Echo“ berichtet: In der heutigen zweiten Sitzung des Obersten Rates ergriff an erster Stelle General Perard das Wort, um für die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen vor der Ankündigung der Entscheidung des Obersten Rates einzutreten. Es gebe eine deutliche und eine polnische Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht entwaffnet. Die Freikorps seien nicht aufgelöst. Polen und Deutschland könnten jeden Augenblick über 100 000 Mann versenden. Perard nannte Oberschlesien einen Vulkan, dessen Ausbruch immer zu befürchten sei. Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart erklärte an, daß die Bevölkerung noch immer Waffen besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Dwyer sich erhoben hätten, um die Truppen der polnischen Aufständischen zu bekämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die Waffen wieder ergreifen würden, wenn kein politischer Angriff erfolge. Er schloß, indem er die Entsendung der Truppenverstärkungen nicht als notwendig bezeichnete, wohl aber sei ein rascher Entschluß für die Aufrechterhaltung der Einigkeit der interalliierten Aktion notwendig. General de Marini erklärte an, daß die Truppen über die die Interalliierte Kommission verfüge, ungenügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus und eine sofortige Zuteilung der Gebiete an Polen und Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort nach der Entscheidung zurückgezogen werden könnten. Daraus ergriff Lloyd George das Wort zu längeren Ausführungen über die englische These.

Der Bericht der Sachverständigenkommission

11. Paris, 9. Aug. Der Bericht der Sachverständigen über Oberschlesien ist gestern nachmittags veröffentlicht worden. In ihm stellen die Sachverständigen drei Grundzüge auf, über die sie sich geeinigt haben: 1. Daß der Vertrag von Versailles (Art. 88 Anhang) bestimme, daß Oberschlesien zwischen Polen und Deutschland zu teilen ist. 2. Daß der Vertrag bestimme, daß für die festzusetzenden Grenzen der in dem Abstimmungsgebiet ausgeübte Wille der Bevölkerung in Betracht gezogen werden müsse und erst in zweiter Linie die wirtschaftliche und geographische Lage berücksichtigt werde. 3. Daß die Abstimmung der einzelnen Gemeinden in Betracht gezogen werden müsse, um die Grenze zu bestimmen. Die Sachverständigen prüften sodann die verschiedenen Projekte zur Regelung der ober-schlesischen Frage, von denen sie nur zwei beibehalten haben, nämlich nur das französische und englisch-italienische Projekt. Das vermittelnde Projekt des Grafen Sforza ist fallen gelassen worden. Für keines der beiden Projekte konnte Einstimmigkeit erzielt werden. Beide gehen von der Unteilbarkeit des Industriegebietes aus. Das französische Projekt gibt das Industriegebiet an Polen, das englisch-italienische, den größten Teil an Deutschland.

Die Gutachten der alliierten Truppenbefehlshaber in Oberschlesien

Der englische Befehlshaber erkennt die lokale Haltung Deutschlands an. 11. Paris, 9. Aug. „L'Echo“ berichtet: In der heutigen Sitzung des Obersten Rates ergriff an erster Stelle General Perard das Wort, um für die Notwendigkeit der Entsendung von Truppenverstärkungen vor der Ankündigung der Entscheidung des Obersten Rates einzutreten. Es gebe eine deutliche und eine polnische Gefahr. Die Bevölkerung sei nicht entwaffnet. Die Freikorps seien nicht aufgelöst. Polen und Deutschland könnten jeden Augenblick über 100 000 Mann versenden. Perard nannte Oberschlesien einen Vulkan, dessen Ausbruch immer zu befürchten sei. Der englische Oberkommissar Sir Harold Stuart erklärte an, daß die Bevölkerung noch immer Waffen besitze, erklärte jedoch, daß die Truppen des Generals Dwyer sich erhoben hätten, um die Truppen der polnischen Aufständischen zu bekämpfen. Es sei nicht zu befürchten, daß die Deutschen die Waffen wieder ergreifen würden, wenn kein politischer Angriff erfolge. Er schloß, indem er die Entsendung der Truppenverstärkungen nicht als notwendig bezeichnete, wohl aber sei ein rascher Entschluß für die Aufrechterhaltung der Einigkeit der interalliierten Aktion notwendig. General de Marini erklärte an, daß die Truppen über die die Interalliierte Kommission verfüge, ungenügend seien. Er sprach sich für einen raschen Entschluß aus und eine sofortige Zuteilung der Gebiete an Polen und Deutschland, damit die alliierten Truppen sofort nach der Entscheidung zurückgezogen werden könnten. Daraus ergriff Lloyd George das Wort zu längeren Ausführungen über die englische These.

Ist ein elender Kompromiß angebahnt oder schon perfekt?

„L'Union“ bringt diese Redaktionsmeldung aus Paris, die einen Kompromiß zwischen Briand und Lloyd George ankündigt: 11. Paris, 10. Aug. Die Morgenblätter stehen im allgemeinen unter dem Eindruck, daß eine Verständigung unmittelbar bevorstehe. Es bestätigt sich, daß die Engländer von dem Grundsatze der Unteilbarkeit des Industriegebietes abgehen wollen, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade. Es ist auch möglich, daß schon heute nachmittags die Pariser Konferenz die

Die Darlegungen des italienischen Delegierten

11. Paris, 9. Aug. Ueber den Verlauf der gestrigen ersten Sitzung des Obersten Rates berichtet die Gavaudagentur noch folgendes: Die Sitzung des Obersten Rates war um 6.55 Uhr beendet.

Die gefamte Bevölkerung von 5,2 Millionen enthalte nur 1,2 Millionen Polen.

Das britische Reich würde niemals eine Lösung annehmen, die darauf keine Rücksicht nehme. Lloyd George schlug alsdann vor, die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Prüfung wird auf folgenden Grundlinien erfolgen: 1. Alle Stimmen müßten für die Zuspicherung des Gebietes an die eine oder andere Macht gezählt werden. Die Zuspicherung könne nicht gemeldeweise erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe. 2. Einzig und allein das Industriegebiet würde als unteilbares Ganzes betrachtet, das das Herz Oberschlesiens sei. Die Industriezone, die viel ausgedehnter sein sollte, als es der französische Vorschlag vorbringe, sei eine künstliche Schöpfung. Das Gebiet müsse Deutschland zugesprochen werden, das dort die Mehrheit erlangt habe. 3. Die industriellen Gemeinden seien voneinander untrennbar, denn sie bildeten eine ebene wirtschaftliche Einheit. Lloyd George sagte zum Schluß, er verstehe vollkommen den Wunsch Frankreichs, Garantien für seine Sicherheit zu haben. Der Oberste Rat werde sich über diesen Wunsch äußern. Wenn Frankreich aufs Neue ungerichtet angegriffen werde, so werde das gesamte britische Reich wie in der Vergangenheit an seiner Seite stehen, aber Frankreich sei augenblicklich nicht in Gefahr. Es müsse nur von seinem Sieg mit Würdigung und Billigkeit Gebrauch machen. Heute nachmittags werden Briand

Die Darlegungen des italienischen Delegierten

Ueber den Verlauf der gestrigen ersten Sitzung des Obersten Rates berichtet die Gavaudagentur noch folgendes: Die Sitzung des Obersten Rates war um 6.55 Uhr beendet.

Ist ein elender Kompromiß angebahnt oder schon perfekt?

„L'Union“ bringt diese Redaktionsmeldung aus Paris, die einen Kompromiß zwischen Briand und Lloyd George ankündigt: 11. Paris, 10. Aug. Die Morgenblätter stehen im allgemeinen unter dem Eindruck, daß eine Verständigung unmittelbar bevorstehe. Es bestätigt sich, daß die Engländer von dem Grundsatze der Unteilbarkeit des Industriegebietes abgehen wollen, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade. Es ist auch möglich, daß schon heute nachmittags die Pariser Konferenz die

praktische Buch... liegt ein Prospekt... sozialismus... am einer Partei... Frage, als Welt... ialistische Entsch... o erkenntnistheore... ill der „Richtwe... ndem er, jede Par... r im Sinne sogha... it und alle Kra... n den Kreis freih... eben einem festl... zählungen bring... Wissenschaft, Reli... nenten die Zeit... en, Reflektionen... entgegen und 547

Lebensmittelleuerung - Lohnerhöhung - Einigkeit aller Erwerbstätigen Ein Aufruf der deutschen Gewerkschaften

Der Vorstand des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt folgenden Aufruf:

Eine neue große Teuerungswelle ergreift sich über das deutsche Volk. In der enormen Erhöhung des Brotpreises findet sie im Augenblick ihren sichtbarsten Ausdruck. Jedoch nicht wiederholbar sind die verschiedenen Preissteigerungen, die in den letzten Wochen bereits eingetreten sind, und mit drückender Sorge sehen die unbedeutenden Bevölkerungskreise der gewaltigen Inflationsvermehrung entgegen, die in den nächsten Wochen und Monaten unabwendbar kommen wird.

Die Gewerkschaften haben im letzten Winter sich ernsthaft bemüht, auf einen Preisstau hinzuwirken. Leider vergebens. Der DVB hat auch rechtzeitig und wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Preissteigerung zu verhindern. Das ist ihm gleichfalls nicht gelungen.

Die Gewerkschaften trifft somit keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiter nunmehr gezwungen sind, auf der ganzen Linie neuerlich beträchtliche Lohnforderungen zu stellen und diese Forderungen mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes auch durchzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter haben schon am 1. April die Vertreter der Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft ermahnt, gemeinsame Schritte gegen die bevorstehende Preiserhöhung zu unternehmen. Die Arbeitgebervertreter konnten sich hierzu nicht entschließen, sondern gaben die Erklärung ab, daß

im Falle einer Erhöhung des Brotpreises eine entsprechende Regelung der Löhne folgen müsse, wenn nicht durch eine inzwischen eingetretene Preislenkung anderer Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs bereits ein Ausgleich geschaffen sei. Diese hier erhoffte Preislenkung ist ausgeblieben, es ist im

Gegenteil eine große Preissteigerung teils schon erfolgt, teils unmittelbar bevorstehend.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß die nun leider nötig gewordenen Lohnforderungen auf neue Preissteigerungen wirken müssen. Schon früher haben sie nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungesunden Kreislauf mitmachen. Ihre Bemühungen, die weitere Entwertung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen, sollen mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Solange jedoch, bis dies gelungen ist, bleibt der Arbeiterschaft kein anderer Weg als der, durch ausreichende Lohnforderungen sich einen Ausgleich für fortschreitende Teuerung zu schaffen.

Der Arbeiter muß leben können, wenn er arbeiten soll. Deshalb hat jeder, der sein Interesse an der Erhaltung und Vermehrung der deutschen Arbeitskraft betunden will, die Pflicht, die Arbeiterkraft und ihre Organisationen bei der Erbringung auskömmlicher Löhne tatkräftig zu unterstützen.

Unsere Mitglieder und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reich rufen wir hiermit auf, einig und geschlossen in den Gewerkschaften zusammenzutreten.

Größer und schwieriger als jemals sind die uns bevorstehenden Aufgaben. Die Gewerkschaftsleitungen sprechen vor ihnen nicht zurück, sie werden tun, was ihre Pflicht ist. Aber nur in Einigkeit und mit vertrauensvoller Unterstützung können die Gewerkschaften diese Aufgaben erfolgreich für die Arbeiterschaft erfüllen.

Berlin, den 5. August 1921.
Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,
L. Leipzig.

Die badischen Landtagswahlen Die ersten Kundgebungen zu den kommenden Landtagswahlen

Nachdem neulich die Unabhängigen durch einen Wahlaufstieg den Reigen zu den kommenden Landtagswahlen eröffnet haben, folgt nunmehr auch die Zentrumsfraktion des Landtags. Der Aufruf ist in ruhigster Form gehalten und vermeidet es sorgfältig, irgend eine Partei anzugreifen. In der Hauptsache werden die speziellen Zentrumswünsche hinsichtlich der Schule und der Religion überhaupt behandelt. Den Landwirten wird eine kleine Mahnung erteilt, gleichsam die Kirche im Dorfe zu verlassen, aber es wird ihnen auch sofort die tröstliche Überfahrt gegeben, daß das Zentrum alles tun werde, was erforderlich ist, um am Wahltage die Stimmen der katholischen Bauern wieder zu erhalten. Den „Klassenkampf“ lehnt das Zentrum ab, und weil es ihn nicht anfeindet, kommt es natürlich auch zu einem schließlichen Urteil über die Bedeutung und die Folgen des Klassenkampfes selbst.

Der offizielle Wahlauftritt ist also sanft, verbeugend und mahnend zugleich nach allen Seiten. Inoffiziell dagegen wird das Zentrum schon ein bißchen deutlicher. Vor uns liegt das im „Badenia“-Verlag gedruckte Flugblatt

Augen auf!
Nicht Bauernjagd! Nein! Bauernhilfe!
Nicht Reden! Nein! Taten!

Aus diesem, von einem wackelnden Zentrumsverlag herausgegebenen Flugblatt schlägt bereits ein anderer

Lon an das Ohr der Wähler, so mehr „Waldmichel“ töne. Sogar der selbige Großblock wird wieder aus seinem politischen Grabe hervorgezerrt, um den Bauern zu zeigen, welche eine böse Gesellschaft die Demokraten, Sozialdemokraten und Nationalliberalen sind. Wir erfahren, daß die Zentrumsbauern zum Stimmvieh erniedrigt werden sollen, daß man sie als Vorposten benutzen will. Tiefen fürchterlichen Absichten der ehemaligen Großblockparteien gegenüber rückt nun das Flugblatt die Verdienste des Zentrums um die Bauern ins hellste Licht. Wir wollen als uneigennützig Menschen da ein bißchen mithelfen. Auf den Vorwurf, das Zentrum habe die Landwirtschaft verlassen, antwortet nun das Zentrumsflugblatt u. a. wie folgt:

Wie stehts damit? Viele Landwirte landauf, landab schelten über die Landwirtschaftskammer; sie sei fast zur Handelskammer geworden.

Wer hat nun das Gesetz für die Landwirtschaftskammer gemacht? Das haben die vom Großblock gemacht, also die Nationalliberalen, Demokraten und Sozialdemokraten, das ist Tatsache!

Wer hat sich dort wie ein Löwe für die Bauern gewehrt? Der Abg. Dr. Jehner.

Wer hat im Schnapsgesetz die 40 000 badischen Kleinrentner geschützt? Das Zentrum!

Wer hat sie vor der Kontrollruhr bewahrt? Das Zentrum!
Wer hat ihnen die Abschaffung gereitet? Das Zentrum!
Wer hat ihnen den niedrigeren Abgabebetrag erhalten? Das Zentrum!

Wer hat beim Sperrgesetz die häuerlichen Interessen vertreten? Das Zentrum!

Wer hat vor allem verlangt, daß der kleine Güterverkehr unter Bauernleuten frei von der neuen Kontrolle blieb? Das Zentrum! Wenn verdankt die deutsche Landwirtschaft hauptsächlich die Aufgabe des zünftigen Freihandels und die Einlösung des Zollschutzes? Dem Zentrum!

Das Münsterhans Hohenzollern

Im Badischen Landtage ereignete sich vor einigen Tagen der deutsch-nationale Abgeordnete, Oberleutnant Dr. Mayer, über eine uneheliche Mutter. Das trübe flackernde deutsch-nationale Kirchenlichtlein versuchte dabei, der Demokratie ein anzuhängen und erwähnte auch eine Tochter von Karl Marx. Der Zusammenhang ist unverständlich, aber bei dem Politikus Dr. Mayer ist ja so ziemlich alles unverständlich, was er sagt und tut. Dem über die Unsitlichkeit sich so ereifernden deutsch-nationalen Kirchenrat, der ja ein frommer Monarchist ist, empfehlen wir, in der Hausgeschichte der Fähringer, der Wacker, Wittelsbacher, Wellmer und der Hohenzollern zu blättern, dann hat er zur sittlichen Entrüstung massenhaft Anlaß.

Über die Hohenzollern und ihr Treiben ist in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit manches bekannt geworden. So erzählt man, daß der ehemalige Kaiser, der immer wieder darauf drang, daß seine Willkür erhöht werde, von dieser Willkür erhebliche Ersparungen machte, die am Ende seiner Regierungszeit allein 50 Millionen Mark Vorrat betragen. Des Kaisers Knauerigkeit und Geiz erweist man an einem Beispiel aus der Kriegszeit. Es war in Belgien, zur Zeit, als die deutschen Abbauführer in der Hauptstadt Brüssel durch die Straßen zogen, die messingenen Türgriffe mit dem Hammer abzuhacken, jeden Wasserleitungshahn abzuhacken und die Wohnungen vom Boden bis zum Keller nach dem kleinsten Stück Kupfer, Messing oder Bronze durchsuchten. Der Kaiser brachte für sich und sein Gefolge damals zur Bewollkommnung des Hofzuges einen Kabinwagen. Er wurde auf die feinste Art aus reinem Kupfer und anderen wertvollen Metallen im Auftrag der General-Edelbühnenfabrikanten in Brüssel in der dortigen Betriebswerkstatt hergestellt. Das Material kam aus den Vorräten an Metall, das man eben den Belgiern auf Grund des Kriegrechts weggenommen hatte. Es bleibt natürlich auch hier falsch, alle Schuld auf den Kaiser selbst zu wälzen. Seine ganze Umgebung gab sich Mühe, entgegenkommend zu sein. Eine charakteristische Geschichte für die geklönnelten Einfälle Wilhelm II. sei hier noch angeführt.

Die Schlossbaukommission war nach Königs-Wusterhausen vorausgegangen, der Kaiser hatte noch in Kiel bei seiner Flotte zu tun, wollte dann aber zur Jagd nachkommen. Im Jagdschloß Wusterhausen kam ein Patrouillen mit Warte an, in ihr sorgfältig eingeleitet, ein Grashalm. Am anderen Tage folgte

der dazu gehörige Brief. Aus ihm ging hervor, daß Seine Majestät den Grashalm am Hof des Kieler Kanals höchstgenüßig geschäft hat; er wünsche in der Farbe dieses Palmes ein Zimmer im Schloß Bellevue neu gestrichen. Inzwischen war der besperrliche Grashalm leider schon verwelt und braun geworden.

So wie der Kaiser, so waren auch seine Söhne. Auch über die Moralbegriffe im Hause Hohenzollern erzählt man manches Interessante. Vor der Öffentlichkeit triffen die Hohenzollern in Gottesgeduld und sittenernem Lebenswandel. Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus.

Die Frage der Ehenbürgigkeit hat bei den Fürsten und den regierenden Familien immer eine große Rolle gespielt.

Der Gedanke der Ehenbürgigkeit hat unter dem letzten regierenden Hohenzollern wenig Schaden gelitten. Nur in einem Falle mußten die harmlossten Vorrechte der adeligen Vornehme ausgenutzt werden. Bekanntlich ist ein Sohn Wilhelms II. „unebenbürtig“ verheiratet. Frühere preussische Könige genossen ihre adeligen Vorrechte gerade auf diesem Gebiete wesentlich ungenügend. Schon Friedrich I. legte sich eine offizielle Maitresse zu. Es war die Geliebte eines Günstlings Kolbe. Der König machte sie zur Gräfin von Bartenberg. Am energischsten betrieb aber Friedrich Wilhelm II. die Ehenbürgigkeit. Schon als Prinz hatte er sich ein junges Mädchen herangezogen. Mit ihr genoss er alle Freuden des Lebens und kümmerte sich nicht mehr um seine Frau (die erste braunschweigische Gemahlin). Friedrich der Große, der Oheim des Prinzen, ärgerte sich aus verschiedenen Gründen darüber, daß die Braunschweigerin als achtente, mit dem anderweitig beschafften Prinzen an Preussens Zukunft zu denken. Ein durchaus ernst zu nehmender Mann, Dampfmartin der Hofmeister und Erzherzog eines Kindes des Prinzen, berichtet in seinen Memoiren nun folgendes: Friedrich der Große, treu seiner tiefen Menschenachtung, wollte auf seine Art für die Erhaltung der Hohenzollern sorgen. Ein alter Kammerherr eröffnete der Prinzessin, daß er im Auftrag des Königs sie ersuche, den Lehnant der Leibgarde, Grafen Schmettau, der durch die Schönheit seiner Formen, sein Betragen und durch seinen ausgetragenen Mut die Aufmerksamkeit Seiner Majestät auf sich gezogen habe, zu vertraulichem Umgang bei sich aufzunehmen. Der Kammerherr wendete seine ganze Beredsamkeit auf, aber weder guter Rat, noch Bitten, noch die angedrohten Folgen einer Weigerung machten den geringsten Eindruck. Als er seine Klügerungen verdoppelte, unterbrach ihn die Prinzessin mit

Wer hat im badischen Vermögenssteuergesetz es verhindert, daß der badischen Landwirtschaft Jahr für Jahr etliche hunderttausend Mark mehr aufgeladen worden sind? Das Zentrum!

Wer hat die Anträge gestellt, daß in diesem Steuergesetz gerade die kleineren und mittleren Landwirte ganz bedeutend geschont worden sind? Das Zentrum!

Wie viele mittlere Landwirte nehmen an dem Vorteil Jahr für Jahr teil? Antwort 11 805!

Wie viel Steuerkapital bleibt infolge der Zentrumsanträge an der Steuer? Im Jahre 1919: 393 800 000 M.

Wem verdanken die kleinen und mittleren Bauern diese große Politik? Dem Zentrum!

Wem verdankt der kleine und mittlere Bauer die tatsächliche Steuerfreiheit seines Betriebskapitals? Dem Zentrum.

Wer war gegen die Abschreibung von den 393 Millionen? Die Demokratie und Sozialdemokratie.

Wer hat 1917/18 dafür gesorgt, daß den badischen Bauern rund 5 Millionen Mark für Heulieferungen nachbezahlt wurden? Das Zentrum!

Warum wird das Zentrum bei den Landwirten heruntergeriffen? Die Zentrumsbauern sollen zum Stimmvieh erniedrigt und als Vorposten benutzt werden!

Also das Zentrum hat sich liebevoll aller Schnapsbrenner angenommen und auch dafür gesorgt, daß die Herrschaften, die jetzt beim Schnapsbrennen Bombengeschäfte machen, die Abschreibung erhielten und, wie die anderen Landwirte, bei dem badischen Vermögenssteuergesetz die gewaltige Summe von 393 Millionen Mark nicht zu versteuern brauchen. Dafür dürfen die kleinen und mittleren Beamten, die Angestellten und Arbeiter um so kräftiger blechen. Zubei und verflücht das Zentrum, daß es, ungeachtet der schweren Finanznöte des engeren wie des weiteren Vaterlandes zugunsten der heute durchgängig wohlhabenden Bauern dem Vaterlande beinahe 400 Millionen steuerbares Kapital entzogen hat. Den Zentrumsbauern wird gerade diese Lat des Zentrums als ein ganz besonderes Verdienst angepriesen. Jetzt wird bei uns erst das Verständnis mach für diese beiden Sätze in dem offiziellen Wahlauftritt:

„Wir haben uns hier entsprechend unseren alten Grundfragen für die Allgemeininteressen eingeleitet...“

Und:
„Dieser Gedanke der ausgleichenden Gerechtigkeit hat uns auch geleitet, als wir dem Volke neue Steuern auferlegen mußten...“

Die „ausgleichende Gerechtigkeit“, wie sie beim Zentrum aussieht, wird uns durch den Jubelruf in dem Zentrumsflugblatt illustriert, daß es den: Zentrum gelungen ist, beinahe 400 Millionen landwirtschaftliches Kapital vor der Besteuerung zu retten. Das Zentrumsflugblatt gibt selbst an, daß dadurch der Landwirtschaft jährlich hunderttausende von Mark an Steuern erspart geblieben sind. Die Arbeiter, Beamten und Angestellten, die bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung prompt ihre Steuer abgezogen bekommen, werden doch mit etwas gemäßigten Gefühlen diese „ausgleichende Gerechtigkeit“ des Zentrums bewundern. Um übrigen wird sich ja im Verlaufe des Wahlkampfes noch genügend Gelegenheiten bieten, auf diese Dinge näher einzugehen.

Eine neue Hungerblockade Landwirtschaftliche Organisationen bereiten einen Massemord an Kranken u. Säuglingen vor

Es wird von den deutschen Reichsparteien kaum noch geheimgehalten, daß sie für den kommenden Herbst große politische Ereignisse vorbereiten. Welcher Art die politischen Ereignisse sind, die nach dem Wunsch derer von Ar und Heim über der deutschen Republik niedergehen sollen, zeigen Veröffentlichungen in der „Magdeburger Volksstimme“. Danach fordert der Reichslandbund in seinem Rundschreiben seine Hauptgeschäftsstellen in den einzelnen Provinzen auf, alle Vorbereitungen für einen allgemeinen Lieferungsstreik zu treffen. Die Städte sollen ausgehungert werden, um die Regierung zu zwingen, von einer steuerlichen Belastung der Landwirtschaft abzusehen.

Der Gedanke des Lieferungsstreiks geht vom Brandenburgischen Landbund aus, dessen Leitfäden vom Reichslandbund zu

den Worten: „Mein Herr, wenn Sie es wagen, eine Unterhaltung fortzusetzen, die mich so sehr verleidet, so werde ich Ihnen auf der Stelle befehlen, für den Thronfolger zu sorgen, den der König begehrt. Harte Strafe würde folgen, wenn Sie sich ungehorsam bezeigen!“ Der Kammerherr, hoch in die sechs, entließ vor Schrecken und kam bleich zum Könige. Dieser beschloß nun die Scheidung.

Friedrich Wilhelm II. heiratete wieder, aber seiner Liebsten, der Aiko blieb er treu, sorgte sie doch auch für ihn, wenn er Abwechslung brauchte. Dieser König war mit einer reifen, mächtigen Frau und einer Favoritin nicht zufrieden, er bemühte sich lange noch um eine dritte Gattin. Diese Dame vom Hochadel, Fräulein von Ros, stellte aber Bedingungen. Sie verlangte die offizielle Einwilligung der Königin und die regelrechte Trauung zur linken Hand. Ihre Forderungen wurden erfüllt. Das devote Konfistorium erklärte vor der Trauung mit Berufung auf die von Luther und Melancthon tolerierte Doppelheirat des heilichen großmütigen Philipp, die Ehe des Königs zur linken Hand für zulässig. Der König hatte nun offiziell und gesellschaftlich anerkannt — drei Frauen.

Das muß ein reizendes Familienleben gewesen sein. Ueberdies hat auch Friedrich Wilhelm III. nach dem Tode der Königin Luise als vierundfünfzigjähriger Mann noch einmal „zur linken Hand“ geheiratet. Die Hofgesellschaft wußte nicht, was sie vor Entsetzen tun sollte, als der König sich mit einer vierundzwanzigjährigen kleinen Gräfin von Sarrach „unebenbürtig“ trauen ließ. Er machte seine Frau dann zur Fürstin von Liegnitz. Die Fürstin von Liegnitz liegt im Mausoleum zu Charlottenburg neben der Königin Luise begraben.

Dieser Blick hinter die Kulissen ist außerordentlich lehrreich. Gerade diejenigen, die vor den gestürzten Herrschern jetzt wieder auf dem Dache rutschen und in Ehrfurcht erstehen, sollten merken, wie ekelhaft ihr Treiben ist. Keine Gelegenheit ging vorüber, wo die Hohenzollern nicht ihre „Hilfenweise“ inschuld auf den Markt hinausführten, wo nicht die „Hohen Herrschaften“ über ein Mädchen, das ein uneheliches Kind bekam, die Nase rümpften und dergleichen mehr, während sie selbst Maitressen hatten und sonst im Weinberge des Herrn recht ausgiebige Spaziergänge machten.

Und vor solchen Denglern und Pharisäern, vor solchen Schleichhunden und Größenwahnsinnigen sinken viele deutsche Männer und Frauen in die Knie und wünschen, daß diese Sorte von Menschen recht bald wieder das Szepter über sich schwingen...!

Nichtglücklicher Putschversuch des Königs Ferdinand von Bulgarien

Paris, 10. Aug. Der Athener Korrespondent der Westminster Gazette meldet, daß am letzten Dienstag der König Ferdinand von Bulgarien den Versuch gemacht hat, mit der Eisenbahn nach Bulgarien zurückzukehren. Der Versuch ist jedoch infolge der Wachsamkeit der Grenzorgane gescheitert. Der Monarch hat den Rückweg antreten müssen. Der Versuch ist auf eine Verschwörung gegen den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Stambuliski zurückzuführen.

Kleine Nachrichten

Stuttgart. Der kommunistische Redakteur Dr. Stern aus Wien ist nach dreiwöchiger Haft von Stuttgart aus über die schweizerische Grenze abgehoben worden.
Freiburg. Im Stadtwald Hütelried wurden durch einen großen Waldbrand 10 Morgen Föhrenholz zerstört.
Freiburg. In Eriskirch wurde von zwei Fischermännern ein zwei Meter langer Wels im Gewicht von 120 Pfund gefangen. Das Alter des Fisches wird von erfahrenen Bodenseefischern auf 70 bis 80 Jahre geschätzt.
Berlin. Von antiker Stelle wird mitgeteilt: Bei dem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Zivilisten in Münster i. W. handelt es sich um Ausschreitungen von drei einzelnen Angehörigen der Reichswehr gegen Zivilpersonen. In deren Verlauf griff eine Patrouille der Sipo und eine Patrouille der Reichswehr zum Schutze der Zivilisten ein. Hierbei wurde ein Reichswehrsoldat verletzt.
Berlin. Wie der „Berl. Volkszeitung“ aus Kattowich mitteilt, wurde der ehemalige polnische Kommandant von Baenoe, ein langjährigpolnischer Leutnant und sein Adjutant bei einem Einbruchsdiebstahl überführt und festgenommen.
Berlin. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Hamburg kamen infolge des auf der Nordsee herrschenden starken Sturmes drei Dampfer mit Kohlenladungen von See in den Hafen. Der Segelschiffverkehr läuft fast vollständig.

Jugend und Sport

Was man vom Schwimmen wissen muß
Der Sportmann muß wissen: Sonne, Wasser, Licht und Luft sind die Elemente, welche jeder Reibung erst Bedeutung und gesundheitslichen Wert verleihen. Ein Sportmann, der wirklich Körperpflege treibt, kann auf die vollständige Wirkung des Schwimmbades nicht verzichten, weil Schwimmen die gleich-

mäßige Ausbildung aller Muskelpartien gewährleistet. Die reinigende Kraft des Wassers, der erfrischende Reiz des Schwimmbades auf Geist und Körper, verbunden mit der Abkühlung des Gesamtorganismus, sind Vorzüge, die keine andere Reibebildung in so hohem Maße vereint.

Die Eltern müssen wissen: Daß Schwimmen dem jungen Körper ihrer Kinder Beschmeidigkeit, Kraft, Willkür, Energie und Gesundheit verschafft, daß Schwimmen das beste Vorbeugungsmittel gegen Tuberkulose ist und die Jugend, wie jeder Sport, ablenkt von der entnervenden Tanzwelt, dem Raufsimmel und Kaffeewärm. Die freie, schöne Natur, Wasser, Licht und Luft sind die Heilmittel zur sittlichen und moralischen Gefundung unserer Jugend. Aber nicht nur den Knaben, auch unseren Mädchen müssen wir diese Wege frei machen, denn groß ist deren Aufgab, sie sind die Mütter künftiger Geschlechter, von ihrer Gesundheit hängt die Zukunft unseres Volkes ab.

Unsere Jugend muß wissen: Daß ein geübter Körper der Krone des Lebens ist. Daß Sport und vor allem Schwimmen, die Wohlfahrt des Körpers fördert, stark, mutig und gesund macht, daß wir starke, nüchterne und ungenüßliche Menschen für die Zukunft brauchen, wenn wir nicht untergehen wollen. Für Mädchen ist es besonders wertvoll, daß durch regelmäßiges Schwimmen eine Schönheitspflege getrieben wird, welche von nichts überboten werden kann, der Körper wird abgehärtet, wird ebenmäßig, weiches, widerstandsfähig, der Teint frisch und rosig, Frauenkrankheiten werden vermindert, Leidenschaft und der Schwimmerin unbekannt.

Lehrer müssen wissen: Daß es notwendig ist, in den Turnstunden Anleitung zum Schwimmen zu geben, daß zu der körperlichen Erleichterung ihrer Schulpflichtigen auch Schwimmen gehört. Die Liebe zu allem Schönen und Guten soll von den Erziehern im Kinde geweckt werden, so auch die Lust zu Reibebildungen und Schwimmen.

Staat und Behörden sollten wissen: Daß es leichter ist, den Menschen durch Reibebildung und Schwimmen gesund zu erhalten, als fränke Menschen gesund zu machen. Daß wir besser Mittel aufwenden, um die Tuberkulose zu verhindern, als nur um deren Heilung besorgt zu sein. Daß es zweckmäßig wäre, Sport, Spiel und Schwimmplätze zu schaffen, um Aufwendungen für Zuschauertiere und Erziehungsanstalten einzusparen. Daß es klüger wäre, ein billiges Bad zu geben und ausreichende Badegelegentheit zu schaffen, daß sich die Menschen dadurch abkühlen und reinigen können, um gesund zu bleiben, als ungenüßliche Desinfektion und Entlausung vornehmen zu müssen.

Fußballer-Krankheit

Wohl werden sich die Leser wundern, daß es auch Fußballerkrankheiten gibt, die allerdings keinen Arzt in Anspruch nehmen, sondern durch ein nachher angeführtes Mittelteil im Arbeiter-Turn- und Sportbund wieder kuriert werden.

Am häufigsten um diese Zeit veranlassen Vereine, um vielleicht ihre „Lagerbrände“ Vereinskasse zu härten Pokalspiele. „Lagerbrände“ vererbte Pokalspiele sollen mithelfen den Fußballsport zu pflegen, oder richtiger gesagt, auf eine manchmal ganz niedere Stufe, mit einer möglichen Neuterei zu bringen. Jenseit ein Verein schreibt Pokalspiele aus, um den Sportlern Gelegenheit zu geben ihre Kräfte zu messen und einen „loftbaren“ Pokal zu erringen. Wer schon irgendeinem Pokalspiel beigewohnt hat, dem brauche ich ja nichts zu erzählen, aber auch die übrigen Leser sollen mit dieser Fußballer-Krankheit vertraut werden. Zufrieden darf man sich schätzen, sagen zu können im Arbeiter-Turn- und Sportbund wird dieser Sportfestei einen Riegel vorgehoben. Leider gibt es aber doch auch manche Arbeiterportler, die diesem Unfug auch huldigen und sich ab und zu bei diesen Spielen, durch einen Verein „laufen“ lassen. Denn meistens ist es so, daß die Vereine nicht mit ihren eigenen Leuten spielen, sondern sie laziert sich Leute, d. h. es wird den guten Spielern Geld angeboten, damit sie mithelfen diesen „loftbaren“ Pokalspiele zu erringen. Unüberlegt fällt auch mancher Fußballer aus unserer Reihen diesem Handel- und Schiebergeschäft zum Opfer und das Heilmittel „Disqualifizierung“ wirkt schon nach einigen Tagen. Dem betreffenden Spieler wird die Beteiligung an Pokalspielen im Arb.-Turn- und Sportbund auf Monate untersagt. Aber nicht nur er, sondern auch der ganze Verein leidet darunter. Denn bei den Pokalspielen merkt man dann deutlich, wo die Lücke entsteht, an deren Stelle der „Länder“ stand.

Arbeiterfußballer, was habt ihr denn davon, wenn ihr wegen ein paar Mark, den Hegeiz eurer Gegner unterliegt. Ist es nicht schöner, ein friedliches Spiel auf dem grünen Rasen auszutragen, als sich mit 6 Mann abzugeben um die Lücke, wenn der Verein sich die Gunst der Kampfmeister erworben hat, wie es schon öfters vorgekommen ist, einen Pokal zu erringen? Wir alle wissen doch, daß bei diesen Kämpfen das Geld manchmal eine große Rolle spielt und daß man um diesen Preis ein paar solcher Entleeren kaufen könnte.

Vermeidet also diese Anlockungen, damit ihr nicht von dieser Krankheit befallen werdet; denn die Medizin bleibt nicht aus und schließlich ist es für einen Arbeiterportler keine Ehre, wenn er bei den „Verbrechern“ in der „Freien Sportmode“ verurteilt wird. Wenn ihr euch immer an den Eerten- und Pokalspielen im Bund beteiligt, habt ihr genügend Gelegenheit euren Sport zu huldigen und ihr haltet den Schandfleck des „Lagerbrandes“ von euch ab.

Christentum: Georg Schöflin. Verantwortlich für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kappel; für Politische, Aus dem Lande, Gemeindevorläufer, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vielleicht
Wohnungsaufbau
Suche eine 3 Zimmerwohnung in Gaggenau gegen Kauff. In erlangen Werberstr. 3, II.
Kaufmann, Kaufmann.
Verkauf von
Neu- u. Möbel
Beschäftigung ohne Kaufzwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3, Dreherstr. 3

Unsere Leser und Leserinnen
werden gebeten, bei ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die Inserenten des Volksfreund.

Verhütung von Waldbränden betr.
Bei der gegenwärtigen Dürre bringt das Rauchen in den Wäldern eine verheerende Brandgefahr mit sich. Wir machen deshalb nochmals an dieser Stelle auf die wichtigste Vorsichtsmaßnahme aufmerksam, wonach das Rauchen in den Wäldern für die Dauer der trockenen Sommerzeit strengstens verboten ist. Wir werden jede Uebertretung strengstens verfolgen lassen.
1814
Kaufmann, den 8. August 1921.
Das Bürgermeisteramt.

Säuglingsfürsorge.
Am 10. und 24. August 1. 3. finden die Beratungslunden von 1/2-1/2 Uhr nachmittags (nicht 2-3 Uhr) statt.
1813
Kaufmann, den 2. August 1921.
Bürgermeisteramt.

Offenburger Anzeigen.
Die Hauptrechnung sowie die Nebenrechnungen der Stadtgemeinde Offenburg für das Jahr 1920 liegen nebst den Anlagen vom 10. bis 27. August ab im Rathaus - Zimmer 21, 3. Stock - 14 Tage lang zur Einsicht der Gemeindefürsorgepflichtigen öffentlich auf. Gleichzeitig kann der im Druck erschienene Rechnungsausbericht bei den Gemeindefürsorgepflichtigen während 8 Tagen beim Stadtdirektor in Empfang genommen werden.
1811
Offenburg, den 8. August 1921.
Der Stadtrat.

Durlacher Anzeigen.
Mieter-Verein Durlach.
Donnerstag, den 11. August, abends 7/8 Uhr, im „Lamm“
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tagordnung:
Wie stellt sich die Mieterchaft zur geplanten Abwälzung der Nachtragsumlage auf die Mieter.
Mieter erscheint vollständig.
Anmeldungen werden in der Versammlung angenommen.
5483
Der Vorstand.

Kohlen-Ausgabe.
Die bei Christian Gähler eingetragenen Kunden von Nr. 1-300 können am Donnerstag, den 11. August von nachmittags 1 Uhr ab:
2. Nr. mittlere Braunkohlen-Briketts zum Preise von 18.10 Mk. je Htr.
solange Vorrat reicht, ab Lager Weingartenstraße 3 erhalten.
1816
Zufuhr vorr. Haus 0,90 Mk., frei Keller 1,40 Mk. je Zentner mehr.
Durlach, den 9. August 1921.
Cristobiankette.

Die Wahlen zum Ausschuss der Allgem. Ortskrankenkasse Durlach für den Amtsbezirk Durlach betr.
Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zum Ausschuss der Ortskrankenkasse wird festgesetzt:
auf Dienstag, den 11. Oktober d. J. und Mittwoch, den 12. Oktober d. J.
Der Amtsbezirk ist in fünf Stimmbezirke eingeteilt und zwar:
Bezirk 1 umfassend: Durlach, Ordingen, Alte, Wolfartsweiler, Hohenweilersbach, Grünwettersbach, Stupferich, Balmbach und Untermettelbach mit dem Sitz in Durlach.
Bezirk 2 umfassend: Bergausen, Söllingen und Böschbach mit dem Sitz in Söllingen.
Bezirk 3 umfassend: Weingarten und Söllingen mit dem Sitz in Weingarten.
Bezirk 4 umfassend: Kleinstenbach, Sengen, Wilferdingen und Königsbach mit dem Sitz in Königsbach.

Die Wahlen finden statt:
1. Für die Arbeitgeber:
a) im Bezirk 1 am Dienstag, den 11. Oktober d. J. in der Turnhalle der Friedrichschule zu Durlach von 11-12 Uhr.
b) im Bezirk 2 am Dienstag, den 11. Oktober d. J. im Rathausaal in Söllingen von 10-11 Uhr vormittags.
c) im Bezirk 3 am Dienstag, den 11. Oktober d. J. im Rathausaal in Weingarten von 10-11 Uhr vormittags.
d) im Bezirk 4 am Dienstag, den 11. Oktober d. J. im Rathausaal in Königsbach von 10-11 Uhr vormittags.

2. Für die Versicherten:
a) im Bezirk 1 Mittwoch, den 12. Oktober d. J. in der Turnhalle der Friedrichschule zu Durlach von 12-6 Uhr.
b) im Bezirk 2 am Dienstag, den 11. Oktober d. J. von 12-4 Uhr im Rathausaal in Söllingen.
c) im Bezirk 3 am Dienstag, den 11. Oktober d. J. von 12-4 Uhr im Rathausaal in Weingarten.

1. wer infolge krankheitlicher Beurteilung die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter verloren hat, oder wegen eines Verzehrens oder Verwehrens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verurteilt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet worden ist;
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.
Wer als Arbeitgeber wählbar ist kann die Wahl nur annehmen, wenn er:
1. das 60. Lebensjahr vollendet hat;
2. mehr als 4 minderjährige eheliche Kinder hat; Kinder die ein anderer an Kindesstatt angenommen hat, werden dabei nicht mitgerechnet;
3. durch Krankheit oder Verbrechen verhindert ist, das Amt ordnungsgemäß zu führen;
4. mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt. Die Vormundschaft oder Pflegschaft über mehrere Geschwister gilt nur als eine; zwei Gegenormundschaften stehen einer Vormundschaft, ein Exekutent der Nachsorge, die Gegenormundschaft einer Gegenormundschaft gleich;
5. während der unmittelbar vorhergehenden Wahlzeit das Amt mindestens 2 Jahre geführt hat.

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. bestraft werden.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundätzen der Verhältniswahl unter Beachtung der Bestimmungen der Wahlordnung, welche einen Bestandteil der Satzung bildet.

Die Wahlzeit dauert vier Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit solange im Amte, bis ihre Nachfolger eintriften. Der ausgeschiedene kann wieder gewählt werden.

Die Wählerlisten, als welche das Arbeitgeber- und das Mitgliederverzeichnis gelten, können bei der Geschäftsstelle unserer Kasse, Durlach, Leopoldstraße 1, eingesehen werden. Etwaige Einprüfungen wegen der Richtigkeit derselben sind bei Auschlussverfahren spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Vorlegung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzulegen. Sämtliche bei der Kasse beteiligten Arbeitgeber erhalten für sich und die bei ihnen beschäftigten und wahlberechtigten Versicherten von dem Vorstand rechtzeitig Legitimationskarten zu gestellt, die als Wahlauskweis dienen. Freiwillig verbriefte und wahlberechtigte Mitglieder, genügt das Vorzeigen der Beitragskarte als Legitimation.

Die Wahlausschüsse sind befugt, die Wahlberechtigung eines jeden Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen; die Versicherten wollen daher Sorge tragen, daß ihnen die Legitimationskarten von ihren Arbeitgebern ausgehändigt werden.

Wir fordern die Beteiligten hiermit auf, Wahlvorschlüge für die Ausschüsse bei dem Vorstande einzulegen und weisen darauf hin, daß nur solche Wahlvorschlüge berücksichtigt werden, die spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag bei dem Vorstand eingehen. Verbundene Wahlvorschlüge werden nicht zugelassen. Die Wahlvorschlüge können nach ihrer Zulassung im Klassenstapel von den Wählern eingesehen und berichtigt werden. Die Berichtigungsfrist geht bis spätestens 2 Wochen vor der Wahl. Bis zu diesem Zeitpunkt können auch eingereichte Wahlvorschlüge zurückgezogen werden.

Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens 20 Wahlberechtigten unterzeichnet sein und dürfen höchstens nur soziale Bewerber benennen als Vertreter und Ergänzungsmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen und nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch deren Arbeitgeber anzugeben. Eine Zustimmungserklärung der Bewerber ist nicht nötig.

Die einzelnen Listen laufen ab:
Die Frist für Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sowie zur Einreichung von Wahlvorschlügen am 12. September 1921, die Frist zur Berichtigung bezw. Zurückziehung der Wahlvorschlüge am 26. September 1921.

Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe, und für die Wahl der Vertretervertreter 21/33 Zentimeter groß sein. Für die Wahl der Arbeitgebervertreter soll die Größe der Stimmzettel 21/16,5 Zentimeter betragen. Die Stimmzettel dürfen keinerlei äußerliche Kennzeichen haben und müssen ihrem Vorlauf nach genau einem der eingereichten Wahlvorschlüge entsprechen, bei Vermeidung der Unklarheitenklärung. Im Uebrigen wird auf die Satzung und die Wahlordnung verwiesen.

Durlach, den 9. August 1921.
Allgemeine Ortskrankenkasse für den Bezirk Durlach
Der Vorstand:
Dirschauer

Ein Arbeitgeber, der die Wahl ohne zulässigen Grund ablehnt, kann vom Vorsitzenden des Vorstandes mit Geldstrafe bis zu 500 Mk. bestraft werden.

Die Wahlen sind geheim; gewählt wird nach den Grundätzen der Verhältniswahl unter Beachtung der Bestimmungen der Wahlordnung, welche einen Bestandteil der Satzung bildet.

Die Wahlzeit dauert vier Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit solange im Amte, bis ihre Nachfolger eintriften. Der ausgeschiedene kann wieder gewählt werden.

Die Wählerlisten, als welche das Arbeitgeber- und das Mitgliederverzeichnis gelten, können bei der Geschäftsstelle unserer Kasse, Durlach, Leopoldstraße 1, eingesehen werden. Etwaige Einprüfungen wegen der Richtigkeit derselben sind bei Auschlussverfahren spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag unter Vorlegung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzulegen. Sämtliche bei der Kasse beteiligten Arbeitgeber erhalten für sich und die bei ihnen beschäftigten und wahlberechtigten Versicherten von dem Vorstand rechtzeitig Legitimationskarten zu gestellt, die als Wahlauskweis dienen. Freiwillig verbriefte und wahlberechtigte Mitglieder, genügt das Vorzeigen der Beitragskarte als Legitimation.

Die Wahlausschüsse sind befugt, die Wahlberechtigung eines jeden Wählers bei der Wahlhandlung zu prüfen; die Versicherten wollen daher Sorge tragen, daß ihnen die Legitimationskarten von ihren Arbeitgebern ausgehändigt werden.

Wir fordern die Beteiligten hiermit auf, Wahlvorschlüge für die Ausschüsse bei dem Vorstande einzulegen und weisen darauf hin, daß nur solche Wahlvorschlüge berücksichtigt werden, die spätestens 4 Wochen vor dem Wahltag bei dem Vorstand eingehen. Verbundene Wahlvorschlüge werden nicht zugelassen. Die Wahlvorschlüge können nach ihrer Zulassung im Klassenstapel von den Wählern eingesehen und berichtigt werden. Die Berichtigungsfrist geht bis spätestens 2 Wochen vor der Wahl. Bis zu diesem Zeitpunkt können auch eingereichte Wahlvorschlüge zurückgezogen werden.

Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens 20 Wahlberechtigten unterzeichnet sein und dürfen höchstens nur soziale Bewerber benennen als Vertreter und Ergänzungsmänner zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen und nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch deren Arbeitgeber anzugeben. Eine Zustimmungserklärung der Bewerber ist nicht nötig.

Die einzelnen Listen laufen ab:
Die Frist für Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten sowie zur Einreichung von Wahlvorschlügen am 12. September 1921, die Frist zur Berichtigung bezw. Zurückziehung der Wahlvorschlüge am 26. September 1921.

Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe, und für die Wahl der Vertretervertreter 21/33 Zentimeter groß sein. Für die Wahl der Arbeitgebervertreter soll die Größe der Stimmzettel 21/16,5 Zentimeter betragen. Die Stimmzettel dürfen keinerlei äußerliche Kennzeichen haben und müssen ihrem Vorlauf nach genau einem der eingereichten Wahlvorschlüge entsprechen, bei Vermeidung der Unklarheitenklärung. Im Uebrigen wird auf die Satzung und die Wahlordnung verwiesen.

Durlach, den 9. August 1921.
Allgemeine Ortskrankenkasse für den Bezirk Durlach
Der Vorstand:
Dirschauer

Sonntag, den 14. August 1921
große Schau von Hunden
aller Rassen
 mit Sonderchau von Dobermannpinschern
 in der Weisbahn und den Stallungen der früheren
 Kaiserin Grotte, veranstaltet vom Verein der
 Hundfreunde Karlsruhe.
 Schaulitung: Albert Gajner, Karlsruhe,
 Erbprinzenstraße 29.
 Programme bei Buchhandlung Vorach, Kaiser-
 straße 207, Freieier-Club, Baumstraße 1 b, sowie
 bei der Schaulitung.
 Die Ausgabe der Eintrittskarten für die Mitglieder
 findet am Freitag Abend 8 Uhr im Vereinslokal
 „Eintracht“, Karl-Friedrichstraße 30, statt.
 Samstag Abend 8 Uhr kostenlose Zusammen-
 kunft im Vereinslokal „Eintracht“.

Sonntag, 14. August, von nachmittags 4 Uhr ab im Garten der Schlosskirche zum
LASSALLIA
KARLSRUHE 1895
Garten-Konzert
 mit Klavierspielen, Gitarren, Violine, Horn, Trompete, Schlagwerk, Chor, sowie
 Ballett und Kinderdarstellungen.
 Hierzu sind alle Mitglieder und deren Angehörige
 sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlich
 eingeladen. 5486
 Der Vorstand.

Zum sofortigen Eintritt gesucht
Maschinenschlosser
Feuerschmiede
Wagenladierer
Zurichter
Kernmacher
 Nur durchaus tüchtige und selbständige Leute
 wollen sich melden.
 Feuerwehr-Geräte-Fabrik
Carl Metz :: Karlsruhe
 Lillstraße 5

Billiche
 Kleiderschränke von 50.— an
 Kommoden „ „ 80.—
 Tische „ „ 35.—
 Hocker, gebraucht „ „ 3.—
 hat abzugeben 5419
P. Feederle, Durlacher Allee 58.

Rich. Kittel
 Uhrmacher-Meister
 Am Stadtgarten, Hauptbahnhof
 Telefon 2540.
Moderne
Zimmer-Uhren.
 Billigste Bezugsquelle.
 Größte Auswahl.
 Reparatur - Werkstätte.

Palast-Theater
 Herren-Strasse.
Ab heute!
 Die Verfilmung des bekannten, in
 tausendfachen Buchausgaben erschienenen
 Romans von
Hedw. Courths-Mahler
Durch Liebe erlöst
 Drama in 5 Akten.
 In den Hauptrollen:
Werner Funck, Lina Salten,
Else Roscher, Ernst Pfitschau.
 Ferner: 5488
 Der grosse Kriminalfilm
Die Stunde nach
Mitternacht
 Kriminalroman in 5 Akten mit
Julius Falkenstein
 und **Manny Zener.**

Städt. Konzerthaus
 Mittwoch, 10. August,
 7 bis geg. 10 Uhr 418 20
Die Geisha
 Eine japan. Teehaus-
 Gesichte.
 Text von Owen Hall.
 Musik v. Sidney Jones.
 Deutsch v. E. M. Roehr
 u. Jul. Freund. 1927

Freibant
 (Städt. Fleischverkauf)
 Donnerstag nachmittag
 von 2-3 Uhr
 Nr. 2250-2450.

Mahl- u. Sägemühle
zu verpachten
 Das der Stadt ge-
 hörige Sägemühlennan-
 wesen bei Daxlanden an
 der Alb gelegen soll am
 1. April 1922 neu ver-
 pachtet werden. Angebote
 wollen schriftl. gebühren-
 frei und verschlossen mit
 der Aufschrift: Sägemühl-
 verpachtung läng-
 stens Mittwoch, den 14.
 September ds. Js., vor-
 mittags 10 Uhr bei der
 unterzeichneten Amtsstelle
 eingereicht werden. 1810
 Nachbedingungen fin-
 den gegen Einreichung
 von 5 RM. bezogen werden.
 Karlsruhe, 8. August.
 Städt. Tiefbauamt.

**1. Arbeiter-
 Erholungsheft-
 Geld-Lotterie**
 Ziehung 19. Aug.
 2084 Gew. d. Gew. Mk.
31 000
15 000
10 000
 Lospreis Mk. 1,40. Porto u.
 Liste Mk. 1,40 empfindlich.
 Lott-Unternehmer
J. Stürmer
 Mannheim 07. 11
 Carl-Gilz-Karlsruhe
 und alle Lotterielagerstätten.
 Postcheck-Konto-Karlsruhe 17019

Süßer
 in allen Größen und Aus-
 führungen für Wein, Obst
 oder zum Einlegen von
 Obst etc. liefert zu vorteil-
 halten Preisen. Lager-
 bestellung ohne Kauf-
 zwang gerne gestattet.
Fabrik
Louis L. Stern & Cie.
 Karlsruhe und Berg-
 hausen bei Durlach.

Gummisohlen
 anfertigt ohne
 Nägel, Sohlen und
 Absatz 21.4 Von
 auswärts zugesandte
 Arbeit wird in zwei
 Tagen zurückgeschickt
 Schuhreparatur mit
 elektrischem Betrieb.
Waldbornstr. 36
 Ecke Kartgraf-
 und Bähringergasse.

Dwan!
 neue, in Stoff und Blaud
 für 300 u. 750 RM. zu ver-
 kaufen. Wollstoffhandel
 Adler, Schützenstraße 25.

Bilder
 mit Rahmen, große Aus-
 wahl, billig.
 Schläferer Kunsthandl.,
 Kaiserstraße 38.
 Tägl. 50 RM. zu verdienen.
 bis 100 RM. in 2-3
 Tagen (mit Garantie).
 Joh. H. Schütz, Adressen-
 verlag, Adin 839. 5484

Gesucht
Tüchtige
Spengler
 für Werkstätte und Bau-
 stelle in dauernde Be-
 schäftigung bei hohem
 Lohn. 5491
Jos. Sachs & Sohn
 G. m. b. H.
 Endwighshafen a. Rh.
 Seinigstraße 40-52.
 Telefon Nr. 10.

Ata
Henkel's
Scheuerpulver
 putzt
 reinigt
 Alles!



Ata eignet sich für alle
Küchengeräte besonders
auch für Öfen, Badewannen,
Klosetts, Marmor, Steinböden.
 Hersteller: Henkel & C^o Düsseldorf.

Amliche
Eilgut-Bestätterei
 Der unterzeichneten Firma
Werner & Gärtner
 wurde von der Eisenbahn-Generaldirektion die
amtliche Eilgutbestätterei
 die bisher die Firma v. Steffeln inne hatte, ab
 15. August ds. Js. übertragen.
 In der An- und Abfuhr der Eilgüter tritt
 keinerlei Änderung ein, und wir machen darauf
 aufmerksam, daß die ankommenden Eilgüter von
 der Eisenbahnverwaltung uns zur Zufuhr ohne
 weiteres überwiesen werden und besondere Voll-
 machten deshalb nicht erforderlich sind.
 Eilgutbestätterei-Tel.-Nr. ab 15. 8.: 2930
Werner & Gärtner
 amtliche Eilgutbestätterei
 Karlsruhe Hauptbahnhof.

Kleinhandpreise für Gemüse und Obst.
 Für die Zeit vom 9. August bis 15. August 1921
 gelten für das Stadtgebiet Karlsruhe folgende Richt-
 preise:

Endivien	Stück	50-60	Spinat	Stück	50-60
Gelbe Rüben, ohne	Bündel	100-120	Tomaten	Stück	50-60
Kraut	bis 110	100-120	Wirsing	Stück	50-60
Kartoffeln, neue	90-110	100-120	Weißkohl	Stück	50-60
Kartoffeln mit Kraut	bis 120	100-120			
Stobfahol	Stück	20-60			
(Freiland)	20-60	100-120			
Kohlrabi	Stück	40-60			
Rangold	Stück	40-60			
Radieschen	Bündel	20-40			
Metich	Stück	20-40			

Auf Grund der Bekanntmachung der Städt. Preis-
 prüfungsstelle Karlsruhe vom 20. August 1920 sind
 die Kleinverkäufer in Karlsruhe und den Vororten
 verpflichtet, in ihrem Verkaufsraume einen von der
 Preisprüfungsstelle abgestempelten Preisausgang so-
 wie an den Verkaufsständen und Warenbehältern
 ein Preischild anzubringen; wer dieses unterläßt
 macht sich strafbar. Das Verühren des Objes von
 Seiten der Käufer ist verboten. 1809
 Karlsruhe, den 5. August 1921.
 Der Städt. Preisprüfungs- und Heberwachungs-
 anschuß für Markwaren, Obst und Gemüse.
 Die Preisprüfungsstelle Karlsruhe-Land.

Tausende verwenden
Ruf's
 Spezialitäten zur Her-
 stellung eines guten Ge-
 tränktes

Ruf's Heidelbeeren
 mit Zutaten
 zu 50 Liter 21.50
 zu 100 Liter 42.50
 zu 150 Liter 63.75
 Mit Süßholz kosten die
 100 Liter 6.— mehr.

Ruf's Kaminofenpulver
 mit Heidelbeersäure und
 Süßholz
 Flaschen zu 100 Liter 44.50
 Flaschen zu 50 Liter 22.—

Ruf's Kaminofenpulver
 mit Heidelbeersäure ohne
 Süßholz
 Flaschen zu 100 Liter 44.—
 Flaschen zu 50 Liter 22.—

Wiederlage: Drogerie G.
 Deubler, E. Geb-
 hard, Karlsruhe, Anger-
 straße 24. 5303

So urteilen die Kenner:
 Ottenbach, 15. Juli 1921.
 Im Auftrag meines
 Schwagers bitte ich Sie
 ein Paket Heidelbeeren mit
 Zutaten zu 200 Liter und
 ein weiteres Paket zu 150
 Liter mit Süßholz zu
 kaufen. Angenehm
 mein Schwager seine volle
 Zufriedenheit über das
 Getränk aus-
 gez. Johannes G.

Dreih-
Anzüge
 und
feldgraue Hosen
 in allen Größen offeriert
 billig! 5008
Weintraubs
 An- u. Verkaufsgeschäft
 Kronenstr. 52, Tel. 3747

RIEMPP
 fst. gerbst.
Kaffee
 versch. Preislagen
 offen u. abgepackt

Mischung
 mit 10-25-50%
 Bohnenkaffee
 1/2 Pfd. Pakete.

Kaffee-
Zusatz
 beste Rohstoffe
 1/4 Pfd. Pakete.

CHRISTIAN RIFMDD
 KARLSRUHE
 KAFFEE-IMPORT-GROSSHANDEL
 COLONNADEN-GROSSHANDEL
 ESSIG- u. SENFFABRIK
 GEWÜRZMÜHLEN

Sie erhalten
Qualität!

Heidelsheim.
 Für unsere Agentur am hiesigen Orte
 suchen wir zum 1. September einen geeigneten
Vertreter.
 Bewerber wollen sich allbald bei Herrn
 Dr. Wolf, Heidelberg, melden.
 Verlag des „Volkstreuers“.

Dankagung.
 Für die Oberförsterei sind bei der Städt.
 Disconto-Gesellschaft Karlsruhe, Postfach 1010
 3000, folgende Geldspenden weiter einge-
 gangen:
 Von Herrn A. Chorstadt, Rehl a. Rh. 100 M.,
 Personal des Postamts Rehl a. Rh. 177 M.,
 Herr Dr. Eduard Schramm, prof. Arzt, Rehl a.
 Rh. 25 M., Brauereigesellschaft vorm. S.
 Wollinger, Rehl a. Rh. 500 M., Gemeindefeste
 Rehl a. Rh. 200 M., (Betrag der Haus-
 sammlung der Gemeinde Rehl a. Rh. 200 M.,
 Herr G. Brunet, Rehl a. Rh. 20 M., Herr
 Franz Karl Schmid, Hauptlehrer in Sand l.
 Rehl a. Rh. 20 M., Ungenannt durch Frau Jennet
 hier 20 M., den Mitgliedern des Verwaltungsrats
 des Rehl-Gren-Vereins hier 20 M., Herr
 Leberecht hier 20 M., Herr Robert Rehl hier 5 M.,
 Geschäftsführer der Süddeutschen Zeitung hier
 88 M., Gemeinde Arlen, Post Arlen-Mielchingen
 200 M., Bund der deutschen Militärkameraden
 der Zweigverein Rehl a. Rh. 36 M., Frau F. S.
 10 M., Frauenverein Rehl (Betrag einer
 Sammlung) 1095 M. 10 S., Herr Jacques
 Straußbaum b. Rehl a. Rh. 30 M., Herr
 Hauptlehrer Reuer, Auerbach a. Rh. 10 M.,
 Betrag einer Sammlung von Schule und Ge-
 meinde Auerbach 28 M. 60 S., Mittwoch-
 gesellschafter des Karlsruher Rudervereins
 110 M., Gemeinde Ottenheim a. Jahr 687 M.
 50 S., Co. Pfarramt Diersheim (Gaben der
 Gemeinde) 120 M.
 Allen Spendern herzlichsten Dank. 5470
 Bezirks- u. Kreisgruppe Karlsruher Heimatkreis
 Oberförsterei.

RESIDENZ-
LICHTSPIELE
 Waldstraße 30 Telefon 5111
 Heute bis einschl. Freitag, 12. Aug.
Die Lieblingsfrau d. Maharadscha
 III. Teil
 Drama in 6 Akten von M. u. A. Droop
 mit Gunter Tolnes, v. Ledebour, Fritz
 Kortner, Erna Moren, Aufg. edle Nissen
 u. a. m. — Wer erinnert sich nicht des
 I. u. II. Teiles? — Dieser III. Teil ist die
 Krone der beiden vorausgegangenen!
 Beginn: 7-5 7-7 7-10
 Einlage:
Henny Porten und Bruno Decarli
Das Geschlecht derer von Ringwall
 Beginn: 7-4 6-10
 Der Besuch der Nachmittagsvorstel-
 lungen ist am günstigsten.

Meinung
 II. Par-
 teiung
 der Sa-
 denheiten
 sind
 mensche
 erklärte
 der
 händigen
 ist
 nach
 tätigt
 es
 die
 Demar-